LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
17. Wahlperiode

Drucksache 17/11811
zu Drucksache 17/11757
08. 05. 2020

Antwort

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Joachim Paul (AfD)
– Drucksache 17/11757–

Auswirkungen des Klimanotstands auf den Ausbau der digitalen Infrastruktur

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/11757 –** vom 24. April 2020 hat folgenden Wortlaut:

In Rheinland-Pfalz wurde in zahlreichen Gemeinden der sogenannte Klimanotstand ausgerufen. Die damit in Zusammenhang stehenden Beschlüsse führen unter anderem dazu, dass Kommunen die Klimawirkung und -verträglichkeit ihrer Entscheidungen prüfen.
Ich frage die Landesregierung:

1. Sind der Landesregierung Fälle bekannt, in denen Kommunen Breitband- und/oder Mobilfunkinfrastrukturprojekte auf Klimawirkung und -verträglichkeit hin geprüft haben (falls ja, bitte auflisten)?
2. Gab es bereits Fälle, in denen der Ausbau von Breitbandinfrastrukturprojekten durch Maßnahmen im Zuge des Klimanotstands verhindert oder verzögert wurde (falls ja, bitte auflisten)?
3. Gab es bereits Fälle, in denen der Ausbau von Mobilfunkinfrastrukturprojekten durch Maßnahmen im Zuge des Klimanotstands verhindert oder verzögert wurde (falls ja, bitte auflisten)?
4. In wie vielen Fällen handelt es sich dabei um Projekte, die vom Förderprogramm des Landes und/oder Bundes profitieren (bitte Fälle nennen)?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 7. Mai 2020 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Der Landesregierung sind keine Fälle bekannt, in denen Kommunen Breitband- und/oder Mobilfunkinfrastrukturprojekte auf Klimawirkung und -verträglichkeit hin geprüft haben.

Zu Frage 2:

Der Landesregierung sind keine Fälle bekannt, in denen der Ausbau von Breitbandinfrastrukturprojekten durch Maßnahmen im Zuge des Klimanotstands verhindert oder verzögert wurden.

Zu den Fragen 3 und 4:

Der Landesregierung sind keine Fälle bekannt, in denen der Ausbau von Mobilfunkinfrastrukturprojekte durch Maßnahmen im Zuge des Klimanotstands verhindert oder verzögert wurden.

In Vertretung:
Randolf Stich
Staatssekretär

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 3. Juni 2020